



HAMBURGER GETREIDE-LAGERHAUS

AKTIENGESELLSCHAFT Hamburg

Jahresabschluss 2012

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Bernd Günther, Hamburg

Kaufmann

Aktuelle Tätigkeiten und Funktionen:

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Maschinenfabrik HEID AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats: New-York Hamburger Gummi-
Waaren Compagnie AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats: MATERNUS Kliniken AG

Ehrevorsitzender des Aufsichtsrats: H&R AG seit 01.06.2012

Mitglied des Aufsichtsrats: WCM AG

Mitglied des Aufsichtsrats: Patrio Plus AG

Aufsichtsrat:

Dr. jur. Horst Reuter, Hamburg, Vorsitzender

Rechtsanwalt / Steuerberater

Dipl.-Kfm. Hanns Günther, Frankfurt

Bankkaufmann

Michael von Busse, Hamburg

Bankkaufmann

Aktuelle Tätigkeiten und Funktionen:

Mitglied des Aufsichtsrats: Advanced Capital Management AG

Geschäftsbericht des Vorstands

LAGEBERICHT 2012

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt ist gekennzeichnet von den Unsicherheiten auf den Finanzmärkten. Das Geschäftsjahr 2012 war durch die Eurokrise (Schuldenschnitt Griechenlands) geprägt. Die Sorgen wegen der Überschuldung einiger Staaten besonders in Südeuropa ließen alternative Investitionen attraktiv werden, wovon die Immobilieninvestitionen besonders beflügelt wurden. Zeitweise wurde von einer „Immobilienblase“ gesprochen. In Deutschland verzeichnete der Immobilienmarkt im Jahr 2012 entsprechend eine stabile Entwicklung, in den Niederlanden neigte der Markt dennoch zur Schwäche, wobei vor allem der Markt der Privatimmobilien wegen überzogener Hypothekenfinanzierungen betroffen ist.

Die Unsicherheiten ließen Jahreskursgewinne am Aktienmarkt zu Jahresanfang schmelzen. Die expansive Notenbankpolitik in Sachen Geldversorgung ließ wegen der reichlichen Liquidität die Nachfrage nach Substanzen wie Aktien ansteigen. Der Dax schloss mit einem Jahresgewinn von 29 %, der Dow-Jones erreichte im gleichen Zeitraum ein Plus von 7,26 %. Die Schwankungen des Marktes waren im Jahresverlauf beachtlich.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich nur geringe Veränderungen in der Vermögenslage unserer Gesellschaft. Das Eigenkapital blieb mit € 1.320.736,84 nahezu erhalten. Da die Bilanzsumme durch Schuldentilgung auf € 5,638 Mio. gekürzt wurde (Vorjahr: € 5,858 Mio.), stieg die Eigenkapitalquote auf 23,43 % nach 22,94 % im Vorjahr. Der Buchwert unseres Grundbesitzes liegt jetzt bei € 4,597 Mio., die Mieteinnahmen lagen bei € 0,627 Mio.

Das Grundstück in Mönchengladbach, Ortsteil Rheydt-Giesenkirchen, hat eine Fläche von 30.000 m² und ist mit rund 16.000 m² bebaut. Grundstück und Gebäude stehen mit € 3,713 Mio. zu Buche. Die restlichen Buchwerte entfallen auf Grundstücke und Gebäude in Bielefeld und Bremerhaven-Langen. Die Finanzierung der Grundstücke erfolgt vornehmlich über langfristige Annuitätendarlehen. Diese valutieren zum Bilanzstichtag mit € 2,533 Mio. Für das Grundstück in Mönchengladbach besteht darüber hinaus ein kurzfristiger Kredit, der zum Bilanzstichtag mit € 0,896 Mio. valutierte.

Das Grundstück der Beteiligungsgesellschaft N.V. Beheer v/h Philips Tabak ist zum Verkauf bestimmt und durch einen Vorvertrag gesichert, wobei dem Erwerber ein Finanzierungsvorbehalt eingeräumt wurde. Dann verfällt auch die in 2013 gezahlte Optionsgebühr. Für diesen Fall werden bereits Gespräche mit einem anderen Interessenten geführt. Das Grundstück liegt in der Nähe der Universität in Maastricht und ist besonders für Studentenwohnungen geeignet.

Die Beteiligungsgesellschaft hat wegen der sich im Preisangebot für das dort geführte Grundstück ausgedrückten Immobilienpreisentwicklung in den Niederlanden eine Sonderabschreibung von € 0,4 Mio. auf das Grundstück in Maastricht vorgenommen. Das Nettoeigenvermögen beläuft sich dennoch auf € 1.083.306,00, weil im Geschäftsjahr 2012 vor Berücksichtigung der Wertanpassung des Grundstücks ein Gewinn in Höhe von € 150.813,00 erwirtschaftet wurde.

Die Liquidation dieser Beteiligungsgesellschaft ist vorgesehen, so dass aus diesem Asset in Zukunft ein Mittelzufluss zu erwarten ist, der sich im Beteiligungsansatz widerspiegelt. Im ersten Schritt erwarten wir die Forderungsrückzahlung von € 0,417 Mio. (Vorjahr: € 0,558 Mio.).

Zum Jahresresultimo waren alle Optionsgeschäfte ausgelaufen, so dass keine Risiken hieraus zum Bilanzstichtag vorhanden waren. Im Wertpapierbestand werden erstmals zum Jahresende erworbene Optionsscheine ausgewiesen. Die Bilanzierung zum Marktwert stellt sicher, dass keine Risiken nach dem Bilanzstichtag zu erwarten sind.

Finanzlage

Die Finanzlage unserer Gesellschaft war im Berichtsjahr geordnet. Die Zinszahlungen und Tilgungen erfolgten vereinbarungsgemäß. Der Wertpapierbestand beträgt zum Bilanzstichtag € 68.197,67 (Vorjahr: € 96.486,65). Die Kursreserven betragen € 9.428,99.

Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt T€ 39 (Vorjahr: T€ - 278).

Die Gesellschaft weist insgesamt Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von € 3,781 Mio. (Vorjahr: €

3,826 Mio.) aus. Der kurzfristige Anteil beträgt € 1,563 Mio. (Vorjahr: € 1,045 Mio.).

Ertragslage

Die Ertragslage unserer Gesellschaft ist aufgrund von Sondereinflüssen des Berichtsjahres nicht zufriedenstellend. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von € 23.348,26 (Vorjahr: Jahresüberschuss von € 35.989,99). Die Grundstücksabschreibungen blieben mit € 50.729,00 unverändert zum Vorjahr. Die Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens (zum Jahresende mit der Erwartung von sinkenden Kursen außerhalb des Risikobegrenzungskonzeptes erworbene Optionsscheine) beliefen sich € 98.842,00 (Vorjahr: € 1.711,36) und haben das Jahresergebnis nicht unerheblich belastet. Gleichzeitig wurden Wertberichtigungen auf Mietforderungen von € 31.689,59 (Vorjahr: € 51.109,31) für erforderlich gehalten. Außerordentliche Erträge aus einem Forderungsverzicht gegen Besserungsschein waren in Höhe von € 75.000,00 zu verbuchen.

Die Mieteinnahmen 2012 erreichten € 626.723,07 (Vorjahr: € 618.693,38). Die Zinseinnahmen stiegen von € 15.367,77 auf € 37.449,24, davon € 27.723,97 aus dem Darlehen an die N.V. Beheer v/h Philips Tabak.

Die sonstigen betrieblichen Erträge des Vorjahres waren geprägt durch die Zuschreibung in Höhe von € 100.000,00 des Beteiligungsansatzes an der N.V. Beheer v/h Philips Tabak.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Risikomanagement

Der Vorstand der Gesellschaft befasst sich entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) intensiv mit Risiken der zukünftigen Entwicklung. Er hat geeignete Maßnahmen getroffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, früh zu erkennen. Risiken betreffen den Immobilienbereich (Sicherung gegen Wertverluste, Leerstand, Finanzierungssicherheit) sowie den Bereich der Finanzgeschäfte.

Die wesentlichen Risiken bei unseren Immobilien sind die Marktentwicklungen in Deutschland. Mietausfälle und Leerstände sind als Risiken zu nennen. Die Vermeidung von Leerständen sowie geeignete Gegenmaßnahmen sind erforderlich, da sonst notwendige Tilgungsleistungen unserer Kredite gefährdet sein können.

Wir haben ein Mahnwesen eingerichtet, wenn Mieten nicht pünktlich gezahlt werden und pflegen den Kontakt mit unseren Mietern.

Im Derivatebereich haben wir die Risikokontrolle durch die klare Limitierung der Einzelrisiken und durch tägliche Margenlisten im Griff. Es erfolgt eine regelmäßige und genaue Risikokontrolle u.a. durch die tägliche Vorlage sämtlicher Margenlisten von den Banken. Auf Grund der Marktrisiken sowie aus Gründen einer konservativen Anlagestrategie haben wir keine längerfristigen Transaktionen vorgenommen. Bei Annäherung der Margenlinie werden Kontrakte geschlossen oder durch Umstellung auf einen risikoärmeren Basiswert geordert, um das Risiko zu minimieren.

Bei Aktien- und Beteiligungsengagements sind wir von der Marktentwicklung abhängig. Zur Risikobegrenzung verfolgen wir das Marktgeschehen intensiv und limitieren das Risiko durch Stopp-loss-Ordererteilung.

Die zukünftigen Chancen unserer Gesellschaft können sich aus Mietsteigerungen im Zuge einer Neuvermietung sowie aus der Wertsteigerung der Immobilien selbst ergeben. Das erworbene Lager- und Geschäftsgrundstück in Mönchengladbach hat unsere Mieterträge seit Erwerb im Jahr 2007 insgesamt gesteigert und zu einer besseren Ertragsstabilität geführt.

Im Jahr 2013 haben wir durch die Insolvenz eines Mieters eine Lagerfläche von ca. 6.000 m² neu zu vermieten. Die Neuvermietung ab April 2013 läuft erfolgreich an, teils zu leicht besseren Konditionen, ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die Kreditfinanzierung ist langfristig ausgerichtet; wie in der Vergangenheit werden Teile des Anlagevermögens kurzfristig finanziert (€ 1,6 Mio. werden innerhalb des kommenden Jahres neu verhandelt). Mit den Banken werden schon heute aussichtsreiche Verhandlungen über Kreditverlängerungen geführt. Risiken aus der Kreditfinanzierung können entstehen, wenn die Kreditverlängerung aufgrund nachteiliger künftiger Entwicklungen in Frage gestellt würde.

Unter Berücksichtigung der übersichtlichen Unternehmens- und Organisationsstruktur hat die HGL AG Voraussetzungen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften geschaffen. Risikomanagementprozesse sind der Unternehmensgröße angemessen definiert. Die Buchhaltung wird von einem externen Dienstleister vorgenommen, der sich einer dem Geschäftsumfang angemessenen Standardsoftware bedient. Die Bereiche des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet und werden durch den Vorstand überwacht. Zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden im Rechnungslegungsprozess angemessene Leitlinien und

Handlungsanweisungen vorgegeben. Auf diese Weise wird ein stringenter und rechtskonformer Rechnungslegungsprozess bei der HGL AG gewährleistet.

Eine frühzeitige Identifikation und Bewertung von Risiken durch das Risikomanagement stellen sicher, dass den Berichtsadressaten zutreffende, relevante und verlässliche Informationen stets zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 HGB

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital zum 31. Dezember 2012 beträgt € 1.228.708,38 und setzt sich aus 289.000 Stamm-Stückaktien und 51.000 Vorzugs-Stückaktien zusammen. Jeweils eine Aktie gewährt einen rechnerischen Anteil in Höhe von ca. € 3,61 am Grundkapital. Die Ausstattung der Stamm-Stückaktien mit Rechten und Pflichten richtet sich nach dem Aktiengesetz. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die Ausstattung der Vorzugs-Stückaktien richtet sich nach dem Aktiengesetz sowie § 4 letzter Absatz und § 18 der Satzung. Die Vorzugs-Stückaktien sind gemäß § 140 Abs. 2 AktG stimmberechtigt und sind bei der Berechnung einer nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Kapitalmehrheit zu berücksichtigen.

Arbeitnehmer der Gesellschaft sind nicht derart am Kapital beteiligt, dass eine nicht unmittelbare Ausübung der Kontrollrechte durch die Arbeitnehmer stattfindet.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, liegen nicht vor oder sind, soweit sie sich aus Vereinbarungen der Aktionäre ergeben können, dem Vorstand nicht bekannt.

Beteiligungsverhältnisse

Die aktuellen Beteiligungsverhältnisse stellen wir für unsere Aktionäre aktualisiert auf unserer Homepage im Internet dar. Im Geschäftsjahr 2012 haben sich keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben.

Zum Jahresresultimo 2012 standen Herr Bernd Günther 29,89 % der Stimmrechte zu, wovon ihm 7,46 % nach § 22 Abs.1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen waren.

Frau Stephanie Günther stehen 10,15 % der Stimmrechte und der Otto M. Schröder Bank AG 7,04 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zu.

Weitere meldepflichtige Besitzanteile zum Jahresresultimo 2012 sind nicht bekannt.

Eine Änderung der Beteiligungsverhältnisse hat erst im April 2013 nach erfolgter Kapitalerhöhung stattgefunden.

Bestehende Ermächtigungen für Kapitalbeschlüsse

Der Vorstand ist gemäß Satzung dazu ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 27. August 2015 um bis zu € 600.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stamm-Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und mit Zustimmung des Aufsichtsrats über die Bedingungen der Aktienaussgabe zu entscheiden (Genehmigtes Kapital 2010). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen.

Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, soweit der Nennbetrag der neuen Aktien weder 10 % des im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung bestehenden noch 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien bestehenden Grundkapitals übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich im Sinne des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder soweit der Ausschluss des Bezugsrechts erforderlich ist, um den Inhabern der von der Gesellschaft noch zu begebenden Wandelschuldverschreibungen oder Darlehen oder Optionsscheinen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts oder nach Erfüllung der Wandlungspflicht zustehen würde.

Eine Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien besteht nicht.

Im April 2013 erfolgte unter teilweiser Ausnutzung des Genehmigten Kapitals eine Kapitalerhöhung um 34.000

Stamm- Stückaktien zum Preis von € 4,50 je Aktie und damit genau auf Höhe des Börsenpreises.
Das genehmigte Kapital gemäß Ermächtigung vom 28.08.2010 beträgt nach Teilausnutzung noch € 447.129,17.

Satzungsänderungen

Die Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG) und wird mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).

Der Aufsichtsrat ist gemäß § 4 der Satzung ermächtigt, die Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist neu zu fassen.

Leitung und Kontrolle

Die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern erfolgt gemäß §§ 84, 85 AktG.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die Vergütung des Vorstands umfasst lediglich eine Festvergütung, die in ihrer Höhe an die Größe und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft angepasst wird. Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung geregelt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten außer dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste jährliche Vergütung in Höhe von jeweils € 2.556,46.

Zusätzliche Angaben

Es existiert nach Kenntnis des Vorstands keine Vereinbarung der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, die im Falle einer wesentlichen Veränderung der Gesellschafterstruktur ein außerordentliches Kündigungsrecht vorsieht.

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind, bestehen nicht.

Prognosebericht

Für die nähere Zukunft erwarten wir volatile Märkte. Die Notenbankpolitik und Schuldenkrise wirken gegensätzlich. Auf der einen Seite werden niedrigere Zinsen die Investitionsbereitschaft fördern, auf der anderen Seite müssen wegen der Schulden die Ausgaben gebremst werden, was sich negativ auf die Konjunktur auswirken könnte. Für Deutschland wird eine leichte Steigerung des Bruttosozialproduktes erwartet.

Durch die guten Lagen unserer Immobilien erwarten wir weiterhin hohe Erträge. Im Geschäftsjahr 2013 haben wir bereits kurzfristig von einer freien Fläche von 6.000 m² ein Viertel neu selbst vermieten können. In Mönchengladbach gelang uns auch in den vergangenen Jahren die Neuvermietung relativ schnell. Der Mietausfall durch die Insolvenz eines Mieters wird zu vorübergehenden Einnahmevermindernungen führen, die größtenteils durch andere Einnahmen und Kostensenkungen kompensiert werden. Die Einzelhandelsflächen sind voll vermietet und der größte Mieter, die Firma Zilles, verzeichnet eine gute Geschäftsentwicklung. Aldi als Nachbar und gegenüber Lidl haben den Wert unserer Einzelhandelsflächen gesteigert.

Im Geschäftsjahr 2013 haben wir eine Kapitalerhöhung durchgeführt. Dadurch hatten wir brutto einen Mittelzufluss von € 153.000,00 zu verzeichnen. Außerdem planen wir eine Grundbuchgesicherte Anleihe, wobei unsere Hausbank, die Otto M. Schröder Bank AG, die Grundbuchsicherheiten treuhänderisch für die Anleihegläubiger verwalten soll und eine Börsennotiz an der Wertpapierbörse Hamburg ist vorgesehen.

Das Jahresergebnis 2013 ist gegenwärtig schwer prognostizierbar, da heute noch nicht feststeht, wie schnell die Leerstandsflächen (6.000 m² - 37,5 % des Bestandes) wieder vermietet werden können. Unsere stabile Umsatzentwicklung hängt an dieser Frage. Entsprechend ist auch das Ergebnis 2014 von der Mietentwicklung abhängig. Auf Basis einer schrittweisen Neuvermietung in den kommenden beiden Geschäftsjahren streben wir jedoch ein ausgeglichenes Ergebnis aus der Grundstücksvermietung an.

Der Optionshandel ist nur von untergeordneter Bedeutung und wird – wie in den Vorjahren - nur im Rahmen

von Opportunitäten genutzt.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Alle wesentlichen Ereignisse, wie u.a. die Kapitalerhöhung, sind im Ausblick angesprochen.

Deutscher Corporate Governance Bericht und Erklärung gemäß § 289 a HGB

Nach § 161 AktG haben Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Aktiengesellschaft jährlich zu erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und welche Empfehlungen nicht angewandt wurden oder werden.

Diese Erklärung ist den Aktionären zugänglich zu machen. Wir machen die jeweils aktuelle Fassung allen Aktionären auf unserer Homepage zugänglich. Die aktuelle Entsprechenserklärung ist in der nachstehenden Fassung veröffentlicht:

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG in der Fassung von 2012

Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG entsprach in der Vergangenheit den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 14. Juni 2007, 6. Juni 2008, 18. Juni 2009 und 26. Mai 2010 mit Ausnahmen und wird in Zukunft den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom **15. Mai 2012** mit den folgenden Ausnahmen entsprechen. Wir sind von den Empfehlungen des Kodex dann abgewichen, wenn und soweit aufgrund der Größe und Struktur der Gesellschaft, des Umfangs der Geschäftstätigkeit sowie unserer Aktionärsstruktur eine Befolgung der Empfehlung unseres Erachtens nach als nicht sinnvoll einzustufen ist.

- Die Gesellschaft wird aus Kostengründen und auf Grund der Aktionärsgröße und Struktur entgegen Ziff. 2.3.4 die Verfolgung der Hauptversammlung über moderne Kommunikationsmittel nicht ermöglichen.
- Der Aufsichtsrat hat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands in Abweichung von Ziff. 3.4 Absatz 2 nicht förmlich festgelegt. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig über alle wichtigen Geschäftsvorfälle.
- Die Empfehlungen nach Ziff. 3.6, Abs. 1 entfallen für unsere Gesellschaft.
- Eine D&O Versicherung für den Vorstand und für den Aufsichtsrat ist gem. Ziff. 3.8, Abs. 2 nicht abgeschlossen.
- Die Gesellschaft veröffentlicht entgegen Ziff. 3.10 nur die aktuelle Entsprechenserklärung auf der Internetseite. Auf Verlangen werden die Vorjahresversionen zugesandt.
- Der Vorstand besteht entgegen Ziff. 4.2.1. nur aus einer Person. Auf Grund der Größe des Unternehmens ist die Vertretung durch nur einen Vorstand angemessen.
- Der Vorstand erhält abweichend von Ziff. 4.2.3. eine fixe Vergütung. Eine Bekanntmachung auf der Internetseite, eine Erläuterung des Vergütungssystems im Geschäftsbericht sowie eine Information der Hauptversammlung über das Vergütungssystem nach Ziff. 4.2.3. entfallen daher. Daher entfallen auch die Empfehlungen gem. Ziff. 4.2.5. Die Höhe der Vergütung für den Vorstand wird im Geschäftsbericht ausgewiesen.
- Eine langfristige Nachfolgeplanung gem. 5.1.2 für den Vorstand besteht gegenwärtig noch nicht. Bei Besserung der Geschäftslage der Gesellschaft ist jedoch geplant, einen zweiten Vorstand zu bestellen. Hierbei wird der Aufsichtsrat im Rahmen der geltenden Gesetze auch auf Vielfalt achten und Frauen angemessen berücksichtigen. Eine Festlegung der Altersgrenze wird hierbei unberücksichtigt gelassen.
- Der Aufsichtsrat hat abweichend von Ziff. 5.3.1, 5.3.2 und 5.3.3 keine Ausschüsse, insbesondere keinen Prüfungsausschuss, gebildet. Die im Corporate Governance Kodex der Regierungskommission vorgeschlagenen Themenschwerpunkte für einen Prüfungsausschuss werden im Aufsichtsrat behandelt.

- Die Verweisung an Ausschüsse erfolgt auf Grund der Größe der Gesellschaft nicht. Sachthemen wie die Strategie des Unternehmens, Vergütung des Vorstandsmitglieds, Investitionen und Finanzierungen werden entgegen Ziff. 5.3.4 und 5.3.5 im gesamten Aufsichtsrat besprochen.
- Der Aufsichtsrat wird abweichend von Ziff. 5.4.1 keine konkreten Ziele für seine Zusammensetzung benennen und diese und den Stand der Umsetzung im Corporate Governance Bericht veröffentlichen. Wie bisher wird sich der Aufsichtsrat bei Vorschlägen im Hinblick auf die Zusammensetzung des Aufsichtsrats alleine davon leiten lassen, ob die Betroffenen geeignet sind, das Aufsichtsratsmandat qualifiziert auszuüben. Deshalb wird auch auf die Festsetzung einer Altersgrenze verzichtet.
- Der Vorstand unserer Gesellschaft hat insgesamt mehr als drei Aufsichtsratsmandate in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften inne. Eine entsprechende Beschränkung der Anzahl der Mandate hält der Aufsichtsrat für nicht erforderlich, solange dem Vorstand und auch jedem Aufsichtsratsmitglied für die Wahrnehmung seiner Mandate ausreichend Zeit zur Verfügung steht. Demzufolge folgt die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG den gesetzlichen Bestimmungen und entspricht der Empfehlung des Kodex nicht (Ziffer 5.4.5).
- Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in der Satzung geregelt. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten abweichend von Ziff 5.4.6 eine feste Vergütung in gleicher Höhe. Ein individualisierter Ausweis ist daher nicht erforderlich. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist nicht vorgesehen.
- Die Offenlegung der Geschäfte von Organmitgliedern in Aktien der Gesellschaft und der Aktienbesitz der Organmitglieder werden gemäß den gesetzlichen Regelungen des § 15 a WpHG vorgenommen. Eine darüber hinausgehende Offenlegung ist abweichend von Ziff. 6.6 nicht vorgesehen und wird von der Gesellschaft bisher nicht für notwendig erachtet.
- Ein Finanzkalender wird entgegen Ziff. 6.7 gegenwärtig von der Gesellschaft nicht erstellt. Dieses ist aus Sicht der Gesellschaft auf Grund der Größe und aus Kostengründen auch nicht notwendig. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit veröffentlichen wir rechtzeitig die Termine unserer Hauptversammlung und informieren unsere Aktionäre über die Geschäftsentwicklung auf der Internetseite der Gesellschaft, wobei die Veröffentlichung entgegen Ziff. 6.8 nicht in englischer Sprache erfolgt.
- Die mit der Aufstellung eines Konzernabschlusses verbundenen Empfehlungen nach Ziff. 7.1.1, 7.1.2, und 7.1.5 entfallen für unsere Gesellschaft, da diese keinen Konzernabschluss aufstellt.
- Die Empfehlungen gem. Ziff. 7.1.3 entfallen für unsere Gesellschaft, da keine wertpapierorientierten Anreizsysteme bestehen.
- Die Gesellschaft veröffentlicht abweichend von Ziff. 7.1.4 keine Liste von Drittunternehmen, an denen sie eine Beteiligung von nicht untergeordneter Bedeutung hält. Relevante Entwicklungen bei Beteiligungen an einem anderen Unternehmen werden aber in der Hauptversammlung angesprochen und Fragen der Aktionäre dort beantwortet.

Vorstand und Aufsichtsrat der
Hamburger Getreide-Lagerhaus AG
Hamburg, den 28.12.2012

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a HGB Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Unternehmensführung der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG richtet sich nach dem Deutschen Recht und der Satzung. Den Regeln des Deutschen Aktienrechts entsprechen die Organe Vorstand und Aufsichtsrat mit jeweils eigener Kompetenz. Sie arbeiten bei der Steuerung und Überwachung des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen. Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt gemäß §§ 84 und 85 AktG. Änderungen der Satzung erfolgen im Rahmen der §§ 133, 179 AktG und nach § 4 der Satzung. Solche Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, dürfen vom Aufsichtsrat ohne Zustimmung der Hauptversammlung beschlossen werden.

Der Vorstand besteht aus einer Person und orientiert sich auf nachhaltige Wertschöpfung streng am Unternehmensinteresse. Er ist bei der Ausführung seiner Tätigkeit eigenverantwortlich tätig. Der Vorstand achtet streng auf die vom Aufsichtsrat und von der Satzung vorgegebenen Regeln.

Der Aufsichtsrat besteht aus drei Personen, der die Geschäftsführung des Vorstands überwacht und in beratender Funktion tätig ist. Für bedeutende Geschäftsvorgänge gibt es eine Jahresplanung und Besprechungen. Der Aufsichtsrat ist nicht befugt, mit eigenen Maßnahmen in die Geschäftsführung des Vorstands einzugreifen.

Der Aufsichtsrat wird vom Vorstand zeitnah und schriftlich in regelmäßigen Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Lage der Gesellschaft, des Risikos und der Compliance unterrichtet.

Der Aufsichtsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung ist bis zum Ende der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2012 (ein Mitglied des Aufsichtsrats) und 2014 (zwei Aufsichtsratsmitglieder) beschließt, gewählt.

Hamburg, im April 2013

Der Vorstand

Bernd Günther

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr genau und ausführlich mit der Lage der Gesellschaft beschäftigt und dabei seine Aufgaben nach Gesetz und Satzung wahrgenommen.

Im Berichtsjahr 2012 wurde in vier ordentlichen Sitzungen getagt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben sich darüber hinaus regelmäßig in vielen persönlichen Gesprächen mit dem Vorstand über die Lage des Unternehmens und die wesentlichen geschäftlichen Ereignisse und Vorhaben unterrichten lassen und Ratschläge gegeben.

In Entscheidungen, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung sind, war der Aufsichtsrat eingebunden und hatte Einblick in die Geschäftsunterlagen.

Die ordentlichen Sitzungen des Plenums fanden am 17.03.2012, am 25.04.2012, am 24.07.2012 und am 06.10.2012 statt. Ausschüsse wurden nicht gebildet.

Ein Mitglied war in zwei Sitzungen und ein Mitglied war an einer Sitzung des Aufsichtsrats nicht persönlich anwesend. Die Herren waren aber jeweils während der gesamten Dauer der Sitzung telefonisch zugeschaltet. Interessenskonflikte bei Mitgliedern des Aufsichtsrats sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 nicht aufgetreten.

In allen Sitzungen wurde die Vermietungssituation der Objekte in Mönchengladbach, Bielefeld und Bremerhaven-Langen besprochen und diskutiert. Die Geschäftslage der N.V. Beheer v/h Philips Tabak, insbesondere der Stand des Grundstücksverkaufs in Maastricht, wurde in der Sitzung am 17.03.2012 ausführlich besprochen. In der Sitzung am 06.10.2012 wurde insbesondere eine eventuell durchzuführende Kapitalerhöhung und/oder eine Anleihebegebung ausführlich diskutiert. Der Aufsichtsrat beschloss, eine Kapitalerhöhung Anfang des nächsten Geschäftsjahres durchzuführen und die Begebung einer Anleihe in einer gesonderten Sitzung im nächsten Geschäftsjahr zu besprechen.

Weitere Themen in den Sitzungen waren insbesondere der Jahresabschluss 2011, die Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2012, die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaft, N.V. Beheer v/h Philips Tabak und die von der Gesellschaft zu veröffentlichenden Pflichtmitteilungen.

Der Aufsichtsrat befasste sich auch mit der Umsetzung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex. Der Kodex dokumentiert wesentliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften und enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Ihre gemeinsame jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG haben Vorstand und Aufsichtsrat turnusgemäß im Dezember 2012 abgegeben und hierbei die Änderungen in der Fassung vom Mai 2012 berücksichtigt. Die Entsprechenserklärung wird zusammen mit dem Jahresabschluss und Lagebericht sowie den übrigen offen zu legenden Unterlagen im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht und ist auf der Website der Gesellschaft unter www.hgl-ag.de veröffentlicht.

Der Jahresabschluss 2012 sowie der Lagebericht sind von der in der Hauptversammlung am 24.07.2012 gewählten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Roser GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt, und der Jahresabschluss wurde mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Vor Billigung des Jahresabschlusses hat der Vorstand dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 27.04.2013 die Lage der Gesellschaft dargestellt und die mittelfristige Planung erläutert. Der Prüfungsbericht wurde vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Dem Ergebnis der Abschlussprüfung schließt sich der Aufsichtsrat nach eigener Prüfung und einer ausführlichen Diskussion mit der Wirtschaftsprüferin an.

Der Aufsichtsrat stimmt in seiner Sitzung vom 27.04.2013 dem vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und dem Lagebericht nach Prüfung zu. Der Jahresabschluss 2012 ist damit festgestellt und gebilligt. Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen für die geleistete Arbeit.

Hamburg, im April 2013
Der Aufsichtsrat

Dr. Horst Reuter
- Vorsitzender -

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg
Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva		Stand am 31.12.2012	Stand am 31.12.2011			Stand am 31.12.2012	Stand am 31.12.2011
	€	€	T€		€	€	T€
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Sachanlagen				I. Gezeichnetes Kapital	1.228.708,38		1.229
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.597.353,93		4.648	- davon Stammaktien: € 1.044.402,12 (Vorjahr: T€ 1.045)-			
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1,51</u>	4.597.355,44	<u>0</u>	- davon Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gemäß § 139 AktG: € 184.306,26 (Vorjahr: T€ 184)-			
			<u>4.648</u>	II. Kapitalrücklage	603.081,23		603
II. Finanzanlagen				III. Bilanzverlust	<u>-511.052,77</u>	1.320.736,84	<u>-488</u>
Beteiligungen		400.000,00	400				<u>1.344</u>
		<u>4.997.355,44</u>	<u>5.048</u>	B. Rückstellungen			
B. Umlaufvermögen				1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	196.261,00		202
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				2. Sonstige Rückstellungen	<u>31.800,00</u>	228.061,00	<u>34</u>
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	417.329,09		558				<u>236</u>
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	137.804,21		129	C. Verbindlichkeiten			
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.319,52</u>		<u>3</u>	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.781.116,93		3.826
		556.452,82	<u>690</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 1.563.416,44 (Vorjahr: T€ 1.045) -			
II. Wertpapiere				- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: € 1.443.242,15 (Vorjahr: T€ 1.746) -			
Sonstige Wertpapiere		68.197,67	<u>97</u>	- davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: € 3.672.256,03 (Vorjahr: T€ 3.826) -			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		<u>15.750,27</u>	<u>23</u>	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	90.526,70		34
		<u>640.400,76</u>	<u>810</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 90.526,70 (Vorjahr: T€ 34) -			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		250,00	0	3. Sonstige Verbindlichkeiten	216.981,63		400
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 216.981,63 (Vorjahr: T€ 400) -			
				- davon aus Steuern: € 17.335,22 (Vorjahr: T€ 17) -			
				- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0) -			
					<u>4.088.625,26</u>	4.088.625,26	<u>4.260</u>
				D. Rechnungsabgrenzungsposten		583,10	18
		<u>5.638.006,20</u>	<u>5.858</u>			<u>5.638.006,20</u>	<u>5.858</u>

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	€	€	2011 T€
1. Umsatzerlöse		626.723,07	619
2. sonstige betriebliche Erträge		90.870,37	190
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-130.519,17		-135
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-24.796,63		-22
- davon für Altersversorgung: € 10.420,73 (Vorjahr: T€ 6)-		-155.315,80	
4. Abschreibungen auf Sachanlagen		-50.729,00	-51
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-297.227,21	-335
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		37.449,24	15
7. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		-98.842,67	-2
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
- davon aus Aufzinsung: € 10.213,00 (Vorjahr: T€ 11) -		-238.249,43	-231
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäfts- tätigkeit		-85.321,43	48
10. außerordentliche Erträge	75.000,00		0
11. außerordentliche Aufwendungen	-726,00		-1
12. außerordentliches Ergebnis		74.274,00	-1
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	1
14. Sonstige Steuern		-12.300,83	-12
15. Jahresfehlbetrag (Vorjahr: Jahresüber- schuss)		-23.348,26	36
16. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-487.704,51	-524
17. Bilanzverlust		-511.052,77	-488

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist im Dezember 2012 abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft unter: www.hgl-ag.de Rubrik „Codex“ zugänglich gemacht worden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 266 HGB und § 152 AktG.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 275 HGB und § 158 AktG unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens gegliedert.

Die Gesellschaft weist die Gewinne und Verluste aus Optionsgeschäften entsprechend dem Risikoausgleichs- und Sicherungskonzeptes und dem Grundgedanken des § 340c HGB als Saldo unter den sonstigen betrieblichen Erträgen oder sonstigen betrieblichen Aufwendungen aus, soweit nicht aufgrund der Besonderheiten des Einzelgeschäfts eine gesonderte Betrachtung geboten ist. Im Geschäftsjahr 2012 wurden Gewinne von € 81 (Vorjahr: T€ 503) und Verluste von € 88 (Vorjahr: T€ 474) erwirtschaftet, die aufgrund ihres jeweiligen Ausgleichszusammenhangs und der vorgegebenen Limitierung (Festgeld-Hinterlegung) nur zu einem jeweils auf das Einzelgeschäft begrenzten Einzelrisiko führen können.

2. Bewertungsgrundsätze

Die Gegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt worden.

Die Abschreibungen auf die abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens werden linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Die Finanzanlagen sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen mit den Erfüllungsbeträgen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind. Beträgt ihre Restlaufzeit mehr als ein Jahr, werden die Rückstellungen mit einem der jeweiligen Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im Anlagenspiegel dargestellt.

2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Die ausgewiesenen Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Gegenüber dem Finanzamt bestehen Forderungen in Höhe von € 1.319,52 (Vorjahr: T€ 0).

3. Aktive latente Steuern

Die Gesellschaft hat von dem im Zuge des BilMoG eingeführten Aktivierungswahlrecht für aktive latente Steuern (§ 274 Abs. 1 Satz 2 und 4 HGB) aufgrund steuerlicher Verlustvorträge keinen Gebrauch gemacht. Der Bewertung liegt ein unternehmensindividueller Steuersatz von ca. 32 % zugrunde.

4. Eigenkapital

Vorliegende Mitteilungen nach §§ 21,22 WphG:

	Datum Mitteilung	Überschrittene Schwellen	Datum Überschreitung	Gesamt %	davon zuzu- rechnen
Bernd Günther	05.01.11	25 %	03.01.2011	29,63	7,46 %
Wicking'sche Versicherungs- Vermittlung GmbH	25.01.05	5 %	07.01.2005	7,46	
Otto M. Schröder Bank AG	17.12.04	5 %	19.11.2004	7,04	
Stephanie Günther	29.12.10	10 %	23.12.2010	10,15	

Nach einer informellen Mitteilung beliefen sich die entsprechenden Anteile am 06. Januar 2011 bei Herrn Bernd Günther auf insgesamt 29,89 %. Die ihm zuzurechnenden Stimmrechte betragen unverändert 7,46 %.

Das Grundkapital beträgt € 1.228.708,38 und setzt sich wie folgt zusammen:

Stammaktien	Stück 289.000	€ 1.044.402,12
Vorzugsaktien	<u>Stück 51.000</u>	<u>€ 184.306,26</u>
	Stück 340.000	€ 1.228.708,38
	=====	=====

Die Hauptversammlung vom 28. August 2010 hat unter anderem die Neufassung der Satzung in § 4 Absatz 4 (Genehmigtes Kapital) beschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 27. August 2015 um bis zu € 600.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2010).

5. Rückstellung für Pensionen und andere Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens auf Basis der international üblichen Project-Unit-Credit-Methode (PUCM) unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Heubeck nach den Bestimmungen des BilMoG ermittelt. Bei der Ermittlung des erforderlichen Rückstellungsbetrags wurde ein Rechnungszins von 5,04 % zugrunde gelegt. Ferner wurde unterstellt, dass die laufenden und zu erwartenden Rentenzahlungen künftig nicht erhöht werden.

Der Zuführungsbetrag aus der Umstellung der Pensionsrückstellungen auf das BilMoG wird gemäß § 67 Abs. 1 EGHGB rätierlich bis zum 31. Dezember 2024 angesammelt. Der noch nicht in der Bilanz ausgewiesene Unterschiedsbetrag (Unterdeckung) beträgt € 8.709,00. Der Ausweis des jährlichen Zuführungsbetrags von € 726,00 erfolgt unter den außerordentlichen Aufwendungen (Art. 67 Abs. 7 EGHGB).

6. Sonstige Rückstellungen

Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen: €

Jahresabschlusskosten	30.800,00
Berufsgenossenschaft	<u>1.000,00</u>
	31.800,00
	=====

7. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten belaufen sich per 31. Dezember 2012 auf € 3.781.116,93 (Vorjahr: T€ 3.826), davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.563.416,44 (Vorjahr: T€ 1.045) und mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren auf € 1.443.242,15 (Vorjahr: € 1.746). Als Sicherheiten hierzu bestehen Grundschulden, Sicherungsabtretungen und Verpfändungen von Wertpapierdepots (siehe Erläuterung unter 8. Pfandrechte).

8. Pfandrechte

Zur Sicherung der Darlehen bei der Westdeutschen ImmobilienBank AG sowie der HSH Nordbank AG sind sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Vermietung und Verpachtung der Beleihungsobjekte abgetreten.

Schließlich bestehen Grundpfandrechte für Bankverbindlichkeiten in Höhe von € 3.672.256,03 (Vorjahr: T€ 3.826).

9. Haftungsverhältnisse

Es bestehen selbstschuldnerische Bürgschaften gegenüber der Otto M. Schröder Bank AG in Höhe von € 59.851,31 (Vorjahr: T€ 61) zugunsten Dritter. Das Risiko der Inanspruchnahme aus den Bürgschaften wird derzeit als gering eingeschätzt.

10. Sonstige betriebliche Erträge

Ausgewiesen werden neben Erträgen aus der Weiterbelastung von Kosten insbesondere Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren.

11. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet mit € 75.000,00 Erträge aus einem vom Vorstand für das von ihm gewährte Darlehen ausgesprochenen anteiligen Forderungsverzicht mit Besserungsabrede.

12. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Falle der wirtschaftlichen Besserung entsteht der Gesellschaft eine Zahlungsverpflichtung von insgesamt € 75.000,00. Bei einem Jahresergebnis von mindestens € 10.000,00 sollen unter dem Vorbehalt entsprechender Liquidität 33,33 % des Jahresergebnisses zur Tilgung eingesetzt werden.

13. Angabe zu Geschäften mit nahe stehenden Personen

Folgende Lieferungen und Leistungen wurden mit nahe stehenden Personen oder Unternehmen, die einen bedeutenden Einfluss ausüben können, erbracht oder in Anspruch genommen:

Die Gesellschaft hat einem Unternehmen, mit dem ein Beteiligungsverhältnis besteht, ein unbesichertes Darlehen in

Michael von Busse

Hamburg, Bankkaufmann

Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Mitglied des Aufsichtsrats bei:

Kremlin AG, Hamburg (bis 31.12.2012)

Advanced Capital Management AG, Aachen

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung von jeweils € 2.556,46. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats haben für das Geschäftsjahr 2012 wie auch schon im Geschäftsjahr 2011 auf eine Vergütung verzichtet, so dass Aufsichtsratsvergütungen im Geschäftsjahr 2012 nicht anfallen.
5. Der Vorstand (Herr Bernd Günther) erhält ausschließlich erfolgsunabhängige Bezüge, die im Geschäftsjahr 2012 € 66.000,00 (Vorjahr: T€ 66) betragen.
6. Die Bezüge an frühere Organmitglieder betragen € 18.406,51 (Vorjahr: T€ 18). Ferner sind für Rentenbezüge früherer Organmitglieder € 160.265,00 (Vorjahr: T€ 166) zurückgestellt.
7. Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer in Höhe von € 11.900,00 (Vorjahr: T€ 12) betrifft ausschließlich Prüfungskosten.
8. Die Gesellschaft ist am Grundkapital der N.V. Beheer v/h Philips Tabak, s'Hertogenbosch/Niederlande, mit 36.900 Aktien bzw. rd. 49,0 % beteiligt, wovon 5.050 Aktien von dem Vorstand treuhänderisch gehalten und jederzeit ohne jede Entschädigung oder Aufwendungsersatz von diesem übernommen werden können. Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2012 T€ 1.083 (Vorjahr: T€ 1.332). Darin ist ein Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 249 (Vorjahr: Jahresüberschuss von T€ 53) enthalten.

Hamburg, den 27. April 2013

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft

Bernd Günther

Kapitalflussrechnung

	2012 T€	2011 T€	Veränderung T€
Periodenergebnis	- 23	36	- 59
+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	51	- 48	99
- Abnahme der langfristigen Rückstellungen	- 6	- 10	4
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	<u>24</u>	<u>0</u>	<u>24</u>
Cashflow nach DVFA/SG	46	- 22	68
+/-Zu- / Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen	- 1	7	- 8
-/+ Zu-/ Abnahme der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	63	- 287	350
+/- Zu- /Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	<u>- 69</u>	<u>24</u>	<u>- 93</u>
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	39	- 278	317
+/- Zu-/ Abnahme der Bankverbindlichkeiten	- 46	246	- 292
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 46	246	- 292
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	- 7	- 32	25
+ <u>Finanzmittelfonds am Anfang der Periode</u>	<u>23</u>	<u>55</u>	<u>- 32</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	16	23	- 7
=====	==	==	====

Eigenkapitalspiegel für die Geschäftsjahre 2012 und 2011

	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Bilanzverlust	Eigenkapital
	Stammaktien	Vorzugsaktien			
	€	€	€	€	€
Stand am 31.12.2011	1.044.402,12	184.306,26	603.081,23	- 487.704,51	1.344.085,10
Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	- 23.348,26	- 23.348,26
Stand am 31.12.2012	1.044.402,12	184.306,26	603.081,23	- 511.052,77	1.320.736,84

	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Bilanzverlust	Eigenkapital
	Stammaktien	Vorzugsaktien			
	€	€	€	€	€
Stand am 31.12.2010	1.044.402,12	184.306,26	603.081,23	- 523.694,50	1.253.986,06
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	35.989,99	35.989,99
Stand am 31.12.2011	1.044.402,12	184.306,26	603.081,23	- 487.704,51	1.344.085,10

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2012
Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten		Kumulierte Abschreibungen			Restbuchwerte		
	Stand am 1.1.2012	Stand am 31.12.2012	Stand am 1.1.2012	Zugänge	Zuschreibungen	Stand am 31.12.2012	Stand am 31.12.2011	
	€	€	€	€	€		€	
I. Sachanlagen								
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.077.198,93	5.077.198,93	429.116,00	50.729,00	0,00	479.845,00	4.597.353,93	4.648.082,93
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.763,85	15.763,85	15.762,34	0,00	0,00	15.762,34	1,51	1,51
	5.092.962,78	5.092.962,78	444.878,34	50.729,00	0,00	495.607,34	4.597.355,44	4.648.084,44
II. Finanzanlagen								
Beteiligungen	1.361.058,98	1.361.058,98	961.058,98	0,00	0,00	961.058,98	400.000,00	400.000,00
	6.454.021,76	6.454.021,76	1.405.937,32	50.729,00	0,00	1.456.666,32	4.997.355,44	5.048.084,44

Erklärung des Vorstands

Bilanzeid

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Hamburg, im April 2013

Der Vorstand

Bernd Günther

Wir erteilen nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 sowie dem Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, den folgenden

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalspiegel, Kapitalflussrechnung und Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 27. April 2013

Roser GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Roser
Wirtschaftsprüfer

Bischoff
Wirtschaftsprüferin